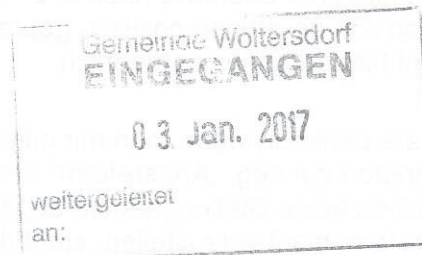


Karl-Heinz Ponsel | Am Sportplatz 14A | 15569 Woltersdorf

Entwurf

Gemeindevertretung Woltersdorf  
Vorsitzender der Gemeindevertretung  
Herrn Sebastian Meskes  
Barnimstr. 6  
**15569 Woltersdorf**



Gemeinde Woltersdorf  
Frau Bürgermeisterin Margitta Decker  
Gemeinde Woltersdorf  
Rudolf-Breitscheid-Straße 23

**15569 Woltersdorf**

nachrichtlich:

I-Net Plattform UNSER WOLTERSDF

**Betreff:** Stellungnahmeverfahren zur sog. „Kreisreform“

**Anlage:** - 1 -

Sehr geehrter Herr Meskes,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Margitta Decker,  
sehr geehrte Damen und Herren,

mit Interesse habe ich den beigefügten Artikel der Märkischen Oderzeitung vom 27.12.2016 zum Thema „Kreisreform“ gelesen, in dem mitgeteilt wurde, dass den Kommunen nunmehr bis Mitte März 2017 Fristverlängerung für ihre Stellungnahmen eingeräumt wurde. Hinweise zur ursprünglichen Fristsetzung habe ich leider nicht.

Mir persönlich ist nicht klar, wie die Stellungnahme der Gemeinde Woltersdorf jetzt noch erarbeitet werden soll, da das Thema „Kreisreform“ bislang keinen Eingang in die Tagesordnungen von Ausschüssen oder gar der Gemeindevertretung gefunden hat. Da die nächsten Ausschusssitzungen erst für den Februar 2017 und die nächste Gemeindevertreterversammlung folglich erst für den 16. März 2017 geplant sind, dürfte eine diesbezügliche Gremienbefassung nur noch schwerlich möglich sein. Eine Verfristung der Woltersdorfer Stellungnahme wäre wohl dann die zwangsläufige Folge.

Bei meinen Überlegungen bin ich davon ausgegangen, dass insbesondere die Verwaltung im Rahmen ihrer originären Aufgabenwahrnehmung die notwendigen Vorarbeiten leistet, einen entsprechenden Entwurf erarbeitet und auch von Amts wegen einen ebenfalls entsprechenden TOP zeitgerecht auf die betreffenden Tagesordnungen setzt. Offensichtlich wurde dies aber verabsäumt, wie auch die Stellungnahme der Gemeinde Woltersdorf zum

Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) zu spät erarbeitet und ohne Befassung der Gemeindegremien abgegeben wurde, was noch zu kritisieren sein wird. Die dazu gewährte, mehr informelle Beteiligung der Fraktionen auf Arbeitsebene ist zwar zu begrüßen, kann aber wohl zumindest nach h. E. die Befassung insbesondere der Gemeindevertretung nicht ersetzen.

Nach h. E. berühren aber beide Vorgänge essentiell den politischen Gestaltungsbereich der Gemeinde Woltersdorf, für den zuallererst die Gemeindevertretung als solche originär zuständig ist. Damit dürfte ebenfalls nach h. E. auch die Gemeindevertretung letztentscheidend für die Abgabe von derartigen politisch geprägten Stellungnahmen sein. Eine Zitierung der BbgKVerf scheint hier durchaus entbehrlich.

Ich wäre dankbar, wenn man mir mitteilen könnte, wie eine Stellungnahme der Gemeinde Woltersdorf zur sog. „Kreisreform“ nun noch ordnungsgemäß abgegeben werden soll. Dass die Gemeinde keine Stellungnahme abgeben will, vermag ich mir hinsichtlich der Tragweite der Kreisreform nicht vorzustellen, steht doch nichts Geringeres als die Frage der Auflösung bzw. Eingemeindung unseres Ortes im Raum.

Mit freundlichen Grüßen

03/01 

**Quelle: MOZ - 27.12.2016 14:55 Uhr**

### **Kommunen bekommen mehr Zeit für Stellungnahme zur Kreisreform**

Potsdam (dpa) Die Kommunen in Brandenburg sollen etwas mehr Zeit für ihre offiziellen Stellungnahmen zur Neugliederung der Kreise erhalten. Die Frist werde um einen Monat bis Mitte März verlängert, teilte ein Regierungssprecher mit. Auf den Zeitplan habe sich der Koalitionsausschuss von SPD und Linkspartei geeinigt. Er folgte damit einer Bitte der Kreise und kreisfreien Städte.

Beide Seiten einigten sich zudem darauf, die Themen Kreisreform und Neuverteilung der Aufgaben von Gemeinden, Kreisen und Land zu einem Beschluss zusammenzuführen. Das Kabinett soll darüber dann im Mai abstimmen. "Die Verwaltungsreform ist eines unserer wichtigsten Vorhaben in dieser Legislaturperiode und hat Auswirkungen für viele Jahrzehnte. Wir brauchen diese Reform - auch deshalb haben wir auf Wunsch der kommunalen Ebene entschieden, der Diskussion mehr Zeit einzuräumen", erklärten SPD- und Regierungschef Dietmar Woidke und der Linksparteivorsitzende Christian Görke dazu.

Nach den Plänen der Landesregierung soll es künftig nur noch 10 statt 18 Kreise und kreisfreie Städte geben. Den Status kreisfreie Stadt soll nur Potsdam behalten. Dies stößt vor allem in Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder) auf Widerstand.